

Martin Wagener

# Kulturkampf um das Volk

Der Verfassungsschutz und die  
nationale Identität der Deutschen



**Bibliografische Information  
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese  
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**ISBN 978-3-95768-228-4**

**© 2021 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek**

**Internet: [www.lau-verlag.de](http://www.lau-verlag.de)**

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung  
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,  
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Umschlagabbildung: ullstein bild - joko

Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Druck und Bindung: GK Druck Gerth und Klaas GmbH & Co. KG, Hamburg

Printed in Germany

# Inhalt

<b>I. Kulturkampf</b>	<b>9</b>
<b>II. Nationale Identität</b>	<b>23</b>
1. Umstrittene Begriffe und ihre Inhalte	26
2. Ursprünge und Reichweite der deutschen Nation	52
3. Kulturnation, Willensnation und Zwangsnation	72
4. Das deutsche Volk als Teil des deutschen Staatsvolkes	102
5. Die vergessene nationale Geschichte der Bundesrepublik	118
<b>III. Das Bundesamt für Verfassungsschutz</b>	<b>131</b>
1. Organisation und Auftrag	132
2. Unter permanentem Druck	136
3. Der Vorwurf der »Rechtslastigkeit«	140
4. Die natürliche Neigung zu <i>intelligence to please</i>	155
5. Der politisierte Präsident	164
<b>IV. Rechte, Rechtspopulisten und Rechtsextremisten</b>	<b>169</b>
1. Wissenschaftliche und politische Definitionen	173
2. Vorstellungswelt und Politik Thomas Haldenwangs	188
3. Der Verfassungsschutzbericht und sein toter Winkel	211
4. Folgen für den Diskurs zur nationalen Identität	245
<b>V. Zur Durchsetzung einer neuen Nation</b>	<b>253</b>
1. Vom Parteienstaat zur Postdemokratie	255
2. Grundlagen der Identität Angela Merkels	276
3. Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes	287

4. Die politische Brandmauer gegen »rechts«	296
5. Die Macht der Sprache	305
6. Demobilisierung des Unmuts	319

## **VI. Schleichwege zum Chaos** **335**

### **Anhang** **355**

Anmerkungen	357
Abkürzungsverzeichnis	459
Literaturverzeichnis	463

*Gewidmet den mutigen Männern und Frauen,  
die im Herbst 1989 eine deutsche Diktatur zu Fall brachten und  
damit den Grundstein für die Wiedervereinigung legten.*

# I. Kulturkampf

»Es ist eine alte und weise Maxime, daß neue Maßregeln und Einrichtungen im Staate an schon vorhandene geknüpft werden müssen, damit sie, als heimisch und vaterländisch, im Boden Wurzeln fassen können.«<sup>1</sup>

Wilhelm von Humboldt, 1819

Was sich vor nun schon über 30 Jahren auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) abgespielt hat, war nicht mehr und nicht weniger als eine nationale Eruption. Dabei ging es zunächst um das Streben nach Freiheit und eine Beendigung der Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Die Forderungen der Demonstranten bewegten sich dann jedoch schnell auf ein neues Ziel zu. Aus dem Schlachtruf »Wir sind das Volk!« wurde »Wir sind ein Volk!«. So fiel die Berliner Mauer in spektakulärer Weise am 9. November 1989. Die Deutschen entdeckten in den kommenden Monaten ihre gemeinsamen Wurzeln wieder. Schlusspunkt der Entwicklung war die Wiedervereinigung des Landes am 3. Oktober 1990.

Wer die damalige Zeit nicht miterlebt hat, wird sich kaum vorstellen können, dass Gemeinschaftsgefühle mit nationalem Anklang keine Seltenheit waren. Während in den Reden von Bundeskanzlerin Angela Merkel emotionale Bezüge zum deutschen Volk und zur deutschen Nation heute fast vollständig verschwunden sind, beendete ihr Vorgänger Helmut Kohl nicht nur seine Ansprachen zum Jahreswechsel mit identitär<sup>2</sup> aufgeladenen, fast schon salbungsvollen Worten: »Gott schütze unser deutsches Vaterland!«<sup>3</sup>

Seit der Wiedervereinigung hat sich diese Situation drastisch verändert. Begriffe wie »deutsches Volk« und »deutsche Nation« gelten immer mehr als antiquiert. Dafür sind mehrere Ursachen zu nennen. Von der Bundesregierung wird seit vielen Jahren eine nachhaltige Umformung der Zusammensetzung der Bevölkerung betrieben. Das Staatsangehörigkeitsrecht war 1999 von der rot-grünen Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (R 1998–2005) zugunsten der Errichtung

einer multikulturellen Gesellschaft – aber auch zur Verbesserung der eigenen Wahlchancen –<sup>4</sup> geändert worden. Unter Angela Merkel wurde diese Politik nicht nur fortgesetzt, sondern forciert. Sie baute die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) Schritt für Schritt zu einer Mittel-links-Partei um, so dass es immer weniger Kritik in den eigenen Reihen an der Umsetzung des zunächst nur rot-grünen Gesellschaftsprojekts gab. Die Verdrängung konservativer Mitbewerber um Führungsämter in der Union sollte sich 2015 auszahlen. Die Bundeskanzlerin ordnete an, dass es keine systematischen Kontrollen von Flüchtlingen und Migranten an der deutschen Grenze gibt. Stattdessen wurde von staatlicher Seite zunächst eine »Willkommenskultur« zum Maß der Dinge erklärt. Mit weitreichenden Folgen: Von Januar 2015 bis Dezember 2020 stellten 1 769 607 Menschen einen Erstantrag auf Asyl in Deutschland.<sup>5</sup>

Parallel dazu ist es weder im Schulunterricht noch in Politik und Medien zu einer Historisierung der Ära des Dritten Reiches gekommen. Der Tiefpunkt der deutschen Geschichte wird weiterhin genutzt, um das nationale Narrativ primär negativ aufzuladen. Einen erheblichen Beitrag zu dieser Lage haben Aktivisten der Generation der 1968er und ihre politischen Nachkommen geleistet,<sup>6</sup> die sich in einem Punkt immer einig waren: Die deutsche Nation darf in der Form ihrer Gründung im 19. Jahrhundert wegen der Untaten der Nationalsozialisten keine Zukunft haben.<sup>7</sup> In der politischen Elite wagten es nur wenige, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Zu ihnen gehörte der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (R 1974–1982), der in einem Interview am 9. November 1999 erklärte: »Die Deutschen müssen lernen, dass die eigenen Beiträge im Guten wie im Schlechten zu unserer Geschichte dazugehören. [...] Die Deutschen schwelgen derzeit in der Hervorhebung der negativen Seiten der deutschen Geschichte. Die dürfen auch nicht vergessen werden, aber die deutsche Geschichte besteht nicht nur aus einem Verbrecheralbum. Das ist der Irrtum einiger Wichtigtuer.«<sup>8</sup> Zum mit Abstand größten Verbrechen der Nationalsozialisten führte er aus: »Das ist ganz sicher so, dass der Holocaust an den Juden Europas noch Jahrtausende im Bewusstsein der Menschen aufgehoben sein wird. Aber gleichwohl wäre es zerstörerisch, den Holocaust und den von Hitler inszenierten Zweiten Weltkrieg zum allerheiligen moralischen Maßstab der Deutschen zu machen.«<sup>9</sup>

Die Linie Helmut Schmidts konnte sich nicht durchsetzen – ganz im Gegenteil. Das in der Phase der Wiedervereinigung reanimierte Gemeinschaftsgefühl der Deutschen sollte schnell wieder verblassen. Stattdessen wird heute immer mehr ersichtlich, dass Fragen der nationalen Identität zutiefst belastet sind. Für das Regierungsprojekt<sup>10</sup> der Multikulturalisie-

rung des Landes ist dies von großem Vorteil: Je diffuser der Begriff »Deutscher« erscheint, desto mehr Möglichkeiten gibt es, ihm mit neuen Inhalten wieder Konturen zu verschaffen.

### Wer sind wir?

Die Deutschen haben schon immer mit sich, ihrer Geschichte, den nationalen Brüchen und der eigenen Identität gehadert. Der Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington fragte 2004 mit Blick auf die amerikanische Gesellschaft: »Who are we?«<sup>11</sup> Um nicht weniger geht es derzeit auch in Deutschland: »Wer sind wir?« Angela Merkel hat sich mehrfach dazu geäußert, etwa am 10. April 2013 auf einem Festakt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF): »[...] wir wollen ein Integrationsland werden. [...] Deshalb darf es keine Frage der Herkunft sein, sondern es muss für jeden klar sein: Jeder, der sich mit seinem jeweiligen kulturellen Hintergrund, mit seinen Interessen, Kenntnissen, Erfahrungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in unserem Land einbringt, ist ein Gewinn für unser Land.«<sup>12</sup> Zu diesem Ansatz passt, dass Merkel nicht zu Grenzkontrollen bereit ist. Die Bundesregierung ist zudem nicht willens, Abschiebungen in angemessener Zahl zu organisieren.<sup>13</sup> Zusätzlich setzt sie sich dafür ein, auch Flüchtlingen ohne berechtigten Asylgrund eine Bleibeperspektive zu eröffnen.<sup>14</sup>

Zwei Entwicklungen kommen nun zusammen. Mit dem Zuzug der Flüchtlinge und Migranten werden Fakten geschaffen. Parallel dazu erweist es sich als günstig, dass die nationale Identität der Deutschen gestört ist. Denn wäre sie intakt, dann wäre die Politik Merkels seit 2015 in der erfolgten Form vermutlich nicht möglich gewesen. Dies alles hat zu einer massiven Polarisierung der deutschen Gesellschaft beigetragen.

Und zur Wiederbelebung eines alten Themas, der Identitätsfrage. Was also ist das deutsche Volk? Was ist die deutsche Nation? Und am wichtigsten: Wer gehört dazu und wer nicht? Keine dieser Fragen ist neu. Gegenwärtig könnten sie sich aber in einer finalen Form stellen. Das Bundeskanzleramt ist sich der sozialen Sprengkraft der Thematik natürlich bewusst. Das Deutsche Reich war 1871 als Nationalstaat formiert worden, welcher sich an der Idee der Kulturnation orientierte. Die derzeitige Regierung versucht dagegen, Ausländer sowie deutsche Staatsbürger mit und ohne Migrationshintergrund in einer neuen Willensnation zusammenzufügen. Sollte es künftig ein Kabinett mit grüner Beteiligung auf Bundesebene geben, wird das Vorhaben mit noch stärkerer Entschlossenheit vorangetrieben werden.



Im November 2020 haben sich die Grünen ein neues Grundsatzprogramm gegeben, in dem gefordert wird, die »Einwanderungsgesellschaft [...] als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern.«<sup>15</sup>

Das große Problem an diesem Unterfangen ist, dass es Kernbereiche menschlicher Identität berührt. Soll der Aufbau der Willensnation gelingen, muss sich die Regierung in diesen Kernbereich einmischen. Die Termini »deutsch«, »deutsches Volk« und »deutsche Nation« sind neu zu konstruieren. Zugleich müssen jene, die heute in einer mittlerweile schon abwertenden Form als »Biodeutsche«<sup>16</sup> bezeichnet werden, eine solche Identitätsumbildung mittragen. Doch genau dazu sind viele Menschen offensichtlich nicht bereit.

Datenerhebungen zeigen, dass Versuche einer Neukonstruktion der deutschen Identität an Grenzen stoßen. Im Spätsommer 2016 hat das Institut für Demoskopie Allensbach eine Umfrage mit erstaunlichen Ergebnissen durchgeführt. Gefragt wurde: »Gibt es so etwas wie einen deutschen Nationalcharakter, oder gibt es das eigentlich nicht?« 57 Prozent der Befragten bejahten das Vorliegen eines Nationalcharakters, 26 Prozent sahen ihn nicht. Selbst Anhänger der Grünen gingen zu 46 Prozent von der Existenz eines deutschen Nationalcharakters aus. Dagegen waren nur 19 Prozent der Befragten der Meinung, Moscheen würden zum Leben in Deutschland dazugehören.<sup>17</sup> Eine weitere Frage lautete: »Wenn immer mehr Einwanderer nach Deutschland kommen, geht dann das, was Deutschland war, allmählich verloren, oder glauben Sie das nicht?« 53 Prozent der Interviewten sahen negative Folgen für Deutschland, 30 Prozent waren nicht dieser Ansicht.<sup>18</sup>

Weitere Antworten vervollständigen das Bild. So stimmten 76 Prozent der Befragten folgender Aussage zu: »Ausländer, die in Deutschland leben, sollten sich an der deutschen Kultur orientieren. Natürlich können sie ihre eigenen Bräuche, Sprache oder Religion pflegen, aber im Konfliktfall sollte die deutsche Kultur Vorrang haben.« Die Anhänger dieser Aussage sind seit 2000 gewachsen; damals stimmten nur 61 Prozent der Formulierung zu.<sup>19</sup> Die Umfrage bot zur Vertiefung des Punktes zwei verschiedene Aussagen zur Auswahl an: »Ich finde, deutsch sein hat nicht unbedingt etwas mit Herkunft und Tradition zu tun. Für mich sind alle diejenigen Deutsche, die den deutschen Pass besitzen, das Grundgesetz und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung akzeptieren und danach leben.« Dem wurde folgende Position entgegengestellt: »Für mich reicht das allein zum Deutsch sein nicht aus. Deutsch sein ist mehr und hat auch mit Herkunft und Tradition zu tun. Menschen ausländischer Herkunft, die den deutschen Pass besitzen und schon länger hier leben, sind für mich daher noch lange keine ›richtigen‹ Deutschen.« Die Ergebnisse der Umfrage stehen

im Gegensatz zur Regierungspolitik. 39 Prozent stimmten Aussage 1 und 49 Prozent Aussage 2 zu.<sup>20</sup>

Nach den Maßstäben des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) kann damit etwa die Hälfte der Deutschen als latent oder offen rechtsextremistisch eingestuft werden. Denn die von den Nachrichtendienstlern heute verwendete Definition dessen, was einen Rassisten ausmacht, ist sehr weitreichend. Demnach rückt eine Person in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit, sobald sie sich einem Volk zugehörig fühlt und dies über den Gesichtspunkt der Abstammung begründet. Entsprechend haben die Verfassungsschützer im Gutachten zur Partei Alternative für Deutschland (AfD) vom 15. Januar 2019 die Gedanken jener kritisiert, die von einem »ethnisch-biologischen und/oder ethnisch-kulturellen Volksbegriff«<sup>21</sup> ausgehen. In vielen Fällen werden sie damit sogar richtig liegen. Wenn Menschen durch entsprechende Einordnungen ab- oder aufgewertet werden, liegt eindeutig Rassismus vor.

Die Definition des BfV ist allerdings viel zu ungenau. Die Formulierungen »ethnisch-biologisch« und »ethnisch-kulturell« werden inhaltlich gleichbehandelt, was nicht korrekt ist.<sup>22</sup> Zudem wird behauptet, dass weitere Begriffe wie etwa »Überfremdung«, »Auflösung«, »Zersetzung der Gesellschaft«, »Remigration« und »Massenabschiebung« »eine Parallele zum rechtsextremistischen Diskurs erkennen lassen.«<sup>23</sup> Das kann je nach Kontextverwendung zutreffen, bedeutet aber nicht, dass die genannten Termini – wie es suggeriert wird – per se verfassungsfeindlich sind. Unübersehbar ist, dass mit solchen und vielen weiteren Aussagen alle unter Verdacht geraten, die sich kritisch zum Multikulturalismus äußern und zugleich dem deutschen Volk für zugehörig erklären – ganz ohne Überlegenheitsgefühle, sondern als Ausdruck der eigenen Identität. Oft reicht bereits die Feststellung von interkulturellen Unterschieden aus, um eine Meinungsäußerung als rassistisch einzuordnen.

Bereits 2006 hatte der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke das Vorgehen des BfV kritisiert. Er verglich die publizistische Zurückhaltung der Behörde in den 1980er-Jahren mit den aktuellen Aktivitäten einer »expandierenden Öffentlichkeitsarbeit«<sup>24</sup>. Die entstandene Transparenz begrüßte er. Jaschke sah die damit verbundene Einmischung in politische Diskurse jedoch kritisch, was er vor allem auf die »wachsende Definitionsmacht«<sup>25</sup> der Verfassungsschützer bezog: »Sie prägen nicht unerheblich die öffentliche und in Teilbereichen auch die wissenschaftliche Diskussion über politischen Extremismus.«<sup>26</sup>

Das BfV geht daher mittlerweile über seinen ursprünglichen Auftrag, zu dem natürlich der in jeder Hinsicht notwendige Kampf gegen den Rechtsex-

tremismus gehört, deutlich hinaus. Im Sinne einer politischen Erwartungshaltung des linksliberalen politischen Lagers wird im Kampf gegen die »Neue Rechte« insinuiert, dass es Verbindungslinien zwischen demokratischen Konservativen und Rechtsextremisten gebe. Sie würden zu ähnlichen Themen arbeiten, ähnliche Positionen vertreten und auch sprachlich ähnliche Formulierungen nutzen. Auf diese Weise trägt die Behörde dazu bei, Fragen der nationalen Identität als potenziell verfassungsfeindlich zu kontaminieren.

Die Positionierung des BfV wird bei den Funktionären der Linken, der Grünen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), aber auch der Freien Demokratischen Partei (FDP) sowie der CDU und der Christlich-Sozialen Union (CSU) weithin geteilt. Das hat für die politische Auseinandersetzung Folgen. Es wird, erstens, der Eindruck erweckt, dass nationale Identität in geradezu typischer und exklusiver Weise von Rechtsextremen gelebt wird. So werden Bürger abgeschreckt, sich zu ihrem Volk zu bekennen, weil eine solche Haltung eventuell als verfassungsfeindlich eingeordnet werden kann. Zweitens hat das BfV im Januar 2019 die AfD zum »Prüffall« erklärt. Eine solche Einordnung wurde ihr zwar bereits kurze Zeit später gerichtlich untersagt, aber die mit der Einstufung verbundene Botschaft konnte dennoch abgesetzt werden: Wer sich mit Fragen der nationalen Identität befasst, könnte Gefahr laufen, als verfassungsfeindlich vorgeführt zu werden. Zugleich sind auf diese Weise potenzielle Wähler eingeschüchtert worden, der Partei ihre Stimme zu geben. Ein weiterer Nebeneffekt wurde erzielt, um mögliche Diskussionen des Nationalen einzuhegen: Konservative Kräfte in der SPD, der FDP und der CDU/CSU dürften mitbekommen haben, dass es für die eigene Karriere besser ist, das Thema ad acta zu legen.

Der Umgang des BfV mit der nationalen Identität der Deutschen ist in der derzeitigen Form nicht nur neu, sondern in Teilen auch unsachlich und ahistorisch. Die Verfassungsschützer in Köln hätten sich vielleicht für eine weniger einseitige Herangehensweise entschieden, wenn sie die Zusammenfassung der Allensbach-Umfrage vom Spätsommer 2016 durch Thomas Petersen zur Kenntnis genommen hätten. Dieser betrachtet den mit Abstand kritischsten Punkt sehr differenziert: »Zur Wirklichkeit in Deutschland gehört, dass mindestens eine relative Mehrheit der Bevölkerung ihre eigene Nationalität auch über eine in Jahrhunderten gewachsene Kulturtradition und eine gemeinsame Herkunft definiert. Das hat mit Chauvinismus oder Fremdenfeindlichkeit nichts zu tun, sondern es ist Ausdruck eines meist nicht tiefer reflektierten, aber dafür umso tiefer im Unterbewusstsein verankerten Identitätsgefühls. Wer solche Vorstellungen pauschal als »völkisch« diffamiert, verwässert damit nicht nur diesen Begriff, sondern er

wird den Zuspruch der Menschen verlieren und sie nationalistischen Bewegungen in die Arme treiben.«<sup>27</sup>

Dagegen hat sich die Regierung auf eine Art Kulturkampf<sup>28</sup> um die Deutungshoheit dessen, was das eigene Volk ausmacht, eingelassen; dabei assistiert ihr das BfV. Zu den Ergebnissen dieser Politik gehört, dass sich viele Menschen aus Sorge vor den Konsequenzen in der Ausübung ihrer Meinungsfreiheit zurückhalten. Für diese Bewertung lassen sich mittlerweile zahlreiche Belege anführen.

Im Mai 2019 hatte eine weitere Allensbach-Umfrage zu Tage gefördert, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung nur noch im privaten Kreis traut, offen eigene politische Ansichten zu äußern. In der Öffentlichkeit bevorzugten es 78 Prozent, ihre Meinung regelmäßig für sich zu behalten.<sup>29</sup> Insgesamt betrachteten 41 Prozent der Befragten das etablierte Niveau politischer Korrektheit in Deutschland als überzogen.<sup>30</sup> Mit Blick auf ein konkretes Beispiel bedeutet dies: 66 Prozent der Bundesbürger vertraten die Meinung, es sei übertrieben, dass »man nicht mehr von ›Ausländern‹, sondern von ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ spricht.«<sup>31</sup>

Solche Einstellungen stehen weit entfernt von der genormten Sprachwelt der politisch-medialen Elite<sup>32</sup>, von der sich die Mehrheit der Menschen geradezu gegängelt fühlt. So stimmten 57 Prozent der Befragten der folgenden Aussage zu: »Mir geht es auf die Nerven, dass einem immer mehr vorgeschrieben wird, was man sagen darf und wie man sich zu verhalten hat.«<sup>33</sup> 63 Prozent fanden sich in diesen Sätzen wieder: »Heutzutage muss man sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert. Es gibt viele ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind und welche eher tabu.« Nur 23 Prozent sahen das nicht so, der Rest positionierte sich unentschieden.<sup>34</sup>

Vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2019 hatte Infratest Dimap eine Umfrage durchgeführt. Die Ergebnisse waren eindeutig. 64 Prozent der Brandenburger und sogar 69 Prozent der Sachsen stimmten der Aussage zu, dass man heute bei bestimmten Themen »ausgegrenzt [wird], wenn man seine Meinung sagt.«<sup>35</sup> Ein Jahr zuvor waren 526 Schriftsteller vom Poets, Essayists, Novelists(PEN)-Zentrum Deutschland und dem Institut für Medienforschung der Universität Rostock befragt worden, wie sie zur Meinungsfreiheit in Deutschland stehen. 75 Prozent zeigten sich besorgt.<sup>36</sup>

Auch bei jungen Menschen dominiert diese Einstellung. Die Shell Jugendstudie 2019 ist zu dem Ergebnis gelangt, dass in der Generation der 12- bis 25-Jährigen 68 Prozent der folgenden Aussage zustimmen: »In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.«<sup>37</sup> Die Mehrheit der Jugendlichen

äußerte sich zudem kritisch zur Politik der Bundesregierung. Mehr als die Hälfte der Befragten bejahte die folgende Aussage: »Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit.«<sup>38</sup> In gleichem Umfang erhielt eine weitere Formulierung Zustimmung: »Der Staat kümmert sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche.«<sup>39</sup>

In einem solchen Klima der Angst halten sich viele Menschen folgerichtig mit öffentlichen Äußerungen zu identitären Themen zurück. Dies zeigen Antworten der Allensbach-Umfrage vom Mai 2019 auf die folgende Frage: »Sind ›Vaterlandsliebe‹ und ›Patriotismus‹ heikle Gesprächsthemen?« 1996 antworteten nur 16 Prozent der Befragten mit ja, 2019 waren es schon 41 Prozent.<sup>40</sup> In der Amtszeit von Angela Merkel hat der Wert deutlich zugenommen.

### Ansatz und Aufbau des Buches

Es sind diese Zusammenhänge, die den Verfasser motiviert haben, ein Buch zu schreiben, das sich mit Fragen der nationalen Identität befasst. Wenn die Menschen in Deutschland zunehmend Angst haben, ihre Meinung frei zu äußern und sich auch deshalb nicht mehr offen zu ihrem eigenen Volk jenseits anonymisierter Umfragen bekennen, ist in der Bundesrepublik etwas aus den Fugen geraten. Schließlich war es ganz explizit in der Tradition der Kulturnation das »Deutsche Volk [, das sich] kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben«<sup>41</sup> hat – und nicht die deutsche Bevölkerung oder das deutsche Staatsvolk.

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Abhandlung umfasst zwei Themen, die eng miteinander verbunden werden. Erstens soll mehr als 30 Jahre nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung ein Beitrag zu einer Debatte geleistet werden, die in den Augen von Friedrich Nietzsche (1844–1900) uralte ist: »Es kennzeichnet die Deutschen, daß bei ihnen die Frage ›was ist deutsch?‹ niemals ausstirbt.«<sup>42</sup> Im derzeitigen Meinungsklima scheint es gleichwohl nicht mehr ganz ungefährlich zu sein, in unbefangener Weise Antworten zu geben. Um den analytischen Mehrwert der Abhandlung zu stärken, ist zweitens ein sehr spezifischer Blickwinkel gewählt worden. Der Inlandsnachrichtendienst hat sich in jüngster Zeit sichtbar in den Diskurs um die nationale Identität der Deutschen eingemischt. Warum er das macht und welche Auswirkungen dies hat, soll ebenfalls erörtert werden.

Wer bei diesem als sensibel wahrgenommenen Thema auf den folgenden Seiten die Aufstellung einer Verschwörungstheorie erwartet, der wird die Lektüre als Enttäuschung empfinden. Der Verfasser steht solchen Ansätzen

grundsätzlich skeptisch gegenüber und bevorzugt kausale oder doch zumindest plausible Argumentationsmuster, die sich über die Literatur belegen lassen. Auch ist es natürlich nicht das Ziel dieser Studie, das BfV zu diskreditieren. Der Verfassungsschutz gehört zu den herausragend wichtigen Instrumenten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO).<sup>43</sup> Bei der Bekämpfung von Ausländerextremisten, Islamisten, Linksextremisten und Rechtsextremisten leistet er vorzügliche Arbeit.

Infrage gestellt wird nicht die Existenzberechtigung der Institution, sondern eine bestimmte Form der Amtsführung in einem für diese Arbeit speziell ausgewählten Themenfeld. Seit Thomas Haldenwang am 15. November 2018 Präsident des BfV geworden ist, sind einzelne Darstellungsformen zur innenpolitischen Gefahrenlage zu entdecken, die bedenklich sind und die mehr oder weniger gezielt den Interessen großer Teile von Regierung und Opposition dienen. Denn in einem Punkt sind sich Linke, Grüne, SPD, FDP, CDU und CSU einig: Eine Debatte über die seit der Migrationskrise von 2015 immer dringender werdende Frage der nationalen Identität muss verhindert werden, weil sie sowohl die Legitimität des Aufbaus einer multikulturellen Gesellschaft in Deutschland als auch die Integration der Bundesrepublik in die Europäische Union (EU), soweit sie nicht im nationalen Interesse liegt, in Frage stellen würde. Das Vorgehen des BfV zeigt daher exemplarisch auf: Je steiniger der politische Weg Richtung Utopia wird, desto größer scheint die Bereitschaft zu sein, den Druck auf die Unfolgsamen zu erhöhen.

Dabei entsteht jenes Dilemma, das der britische Philosoph John Stuart Mill (1806–1873) vor über 160 Jahren trefflich erkannt hat. Er legte dar, wie leicht sich individuelle Freiheiten praktisch einschränken lassen, wenn der Staat und die öffentliche Meinung bei einem bestimmten Sachthema Diskurse verengen. Mill sprach von »soziale[r] Tyrannei«<sup>44</sup> und davon, dass »die Seele selbst versklavt«<sup>45</sup> werde. »Schutz gegen die Tyrannei der Behörde«<sup>46</sup> ist daher nicht genug, es braucht auch Schutz gegen die Tyrannei des vorherrschenden Meinens und Empfindens, gegen die Tendenz der Gesellschaft, durch andere Mittel als zivile Strafen ihre eigenen Ideen und Praktiken als Lebensregeln denen aufzuerlegen, die eine abweichende Meinung haben, die Entwicklung in Fesseln zu schlagen, wenn möglich die Bildung jeder Individualität, die nicht mit ihrem eigenen Kurs harmoniert, zu verhindern und alle Charaktere zu zwingen, sich nach ihrem eigenen Modell zu formen.«<sup>47</sup>

Parallelen zu diversen innenpolitischen Diskussionen in Deutschland drängen sich förmlich auf – wie der Gedanke, dass in sozialen Konstellationen vieles konstant ist und sich deshalb wiederholt. Dazu gehören die

unverrückbaren Parameter der menschlichen Natur, das zyklische Moment historischer Entwicklungen und die prägende Wirkung von Strukturen für Entscheidungen gesellschaftlicher sowie zwischenstaatlicher Art. Diese Perspektive auf politische Phänomene wird im vorliegenden Buch immer wieder erkennbar werden.

Somit kann nun die zentrale These aufgestellt werden, die in den nächsten fünf Kapiteln bearbeitet wird: Die Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel versucht, aus der deutschen Kulturnation eine multikulturelle Willensnation zu machen. Diese Politik wird gegen große Teile des Volkes durchgesetzt, die in Umfragen immer wieder erkennen lassen, das Projekt nicht zu unterstützen. Gegner des Vorhabens werden als »rechts« etikettiert, womit die politisch-mediale Elite tendenziell »neonational-sozialistisch« assoziiert. So wird eine abschreckende Brandmauer gegenüber jenen aufgebaut, die an der deutschen Kulturnation festhalten wollen. Möglich wurde diese Politik, weil sich die Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Parteienstaat entwickelt hat, in dem die Volkssouveränität de facto auf die politische Klasse übergegangen ist. Um die neue Willensnation zu schaffen, greift die Bundesregierung auch auf die Unterstützung des Bundesamts für Verfassungsschutz zurück. Die jüngsten Entwicklungen zeigen: Die Behörde ist partiell bereit, sich von der Führung des Staates parteipolitisch instrumentalisiert zu lassen, womit sie ihr eigentliches Mandat überschreitet.

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel II geht es zunächst darum, eine begriffliche und historische Grundlage zum Themenfeld Identität und Nation zu legen. Dazu sind die üblichen umstrittenen Begriffe zu definieren und inhaltlich auszuleuchten: Identität, Nation, Nationalismus, Ethnie, Volk, völkisch, Rasse und andere mehr. Anschließend werden die Herkunft und Reichweite der deutschen Nation behandelt, um die historische Tiefe aufzuzeigen, aus der die Deutschen kommen. Dabei wird etwas deutlich werden, was heute insbesondere vom linksliberalen Lager bestritten wird: die kulturelle Bedingtheit des deutschen Volkes. Darauf aufbauend erfolgt eine Vorstellung der Vor- und Nachteile jener Konzepte, die in der politischen Arena miteinander ringen. Dabei geht es um die Kulturnation und die Willensnation – und die Beobachtung, dass die Bundesregierung de facto am Aufbau einer Zwangsnation arbeitet. In diesem Kontext wird zudem aufgezeigt, dass die Behauptung, das deutsche Volk könne im Zeichen zunehmender Formen von Multikulturalität nur noch als Teilmenge des deutschen Staatsvolkes verstanden werden, in keiner Form verfassungsfeindlich ist. Dem Verfasser war dies in einem vom Bundesnachrichtendienst (BND) in Auftrag gegebenen Gutachten zu seinem 2018 erschienenen

Buch »Deutschlands unsichere Grenze. Plädoyer für einen neuen Schutzwall« vorgeworfen worden.<sup>48</sup> Abschließend werden einige Widersprüche in der Argumentation der politisch-medialen Elite skizziert: Ist sich diese z. B. bewusst, dass nach heutigen Maßstäben angesehene Persönlichkeiten wie Bundeskanzler Konrad Adenauer (R 1949–1963) oder Bundespräsident Richard von Weizsäcker (P 1984–1994) als rechtsextrem eingeordnet werden müssten? Sind jene Aussagen von Bündnis 90/Die Grünen zum Volk der Tibeter bekannt, die aus der Sicht des Verfassungsschutzes als in der Tendenz extremistisch zu markieren wären?

In Kapitel III wird dann zunächst das BfV näher unter die Lupe genommen. Betrachtet werden der organisatorische Aufbau, die besondere Rolle des Präsidenten und der offizielle Auftrag. Nachgegangen wird auch der Frage, wie sich die diversen Krisen und der Vorwurf der »Rechtlosigkeit« auf die Arbeitsweise der Behörde ausgewirkt haben. Vor dem Hintergrund vor allem struktureller Faktoren wird gezeigt, warum es in der Natur dieser Institutionen liegt, hin und wieder Berichte vorzulegen, in deren Mittelpunkt nicht die nüchterne Gefahrenanalyse steht. Vielmehr sollen sie Regierungen gefallen, indem sie deren politische Sichtweise bestätigen. In der Fachliteratur wird dieses Phänomen *intelligence to please* genannt. Es zeigt sich auch in der Auseinandersetzung um Fragen der nationalen Identität.

Das Thema ist direkt mit dem »Kampf gegen rechts« verbunden, der sich ebenfalls dadurch auszeichnet, dass er mit unklaren Begrifflichkeiten geführt wird. Die Ausführungen in Kapitel IV beginnen daher mit einer Absteckung terminologischer Horizonte. Dazu gehört eine Analyse wissenschaftlicher wie auch politischer Vorstellungen zu den Begriffen »rechts«, »rechtspopulistisch« und »rechtsextrem«. Anschließend werden die Vorstellungswelt und die Politik Thomas Haldenwangs durchleuchtet. Unter seiner Führung ist in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eine Neuausrichtung vollzogen worden. Sie hat zu einer Perforierung der Trennlinie zwischen verfassungskonformen und verfassungsfeindlichen Diskussionen nationaler Themen geführt. Sobald Abstammungsfragen ins Spiel kommen – was auch immer sie im Einzelfall bedeuten –, wird in der Tendenz eine extremistische Positionierung angenommen. Vor diesem Hintergrund erfolgt ein Blick in den Verfassungsschutzbericht. Er wird zeigen, dass das Dokument einen toten Winkel aufweist. Das BfV geht von einem einseitigen Extremismusverständnis aus, das weitere Formen der Verfassungsfeindlichkeit – namentlich den in dieser Abhandlung definierten liberalen und administrativen Extremismus – ausblendet. Abschließend wird zusammengefasst, wie sich die Politik der Behörde auf den Diskurs zur nationalen Identität auswirkt.



Kapitel V ordnet die Ergebnisse schließlich in den größeren politischen Kontext ein. Gezeigt wird in bildhafter Form, dass der ideologische Überbau – die Durchsetzung einer neuen Nation in Form der Zwangsnation – von einer Basis und mehreren Stützpfählern getragen wird. Um Extrapolationen vornehmen zu können, muss daher zunächst das Fundament, auf dem alles andere ruht, identifiziert werden. In diesem Fall ist es die Entwicklung Deutschlands zum Parteienstaat. Sie hat dazu geführt, dass die Bedeutung des Demos zu einer vernachlässigenden Größe bei der politischen Entscheidungsfindung geworden ist. Daraus ergeben sich für die Elite Handlungsräume. Anschließend werden jene fünf Säulen, die auf dem Fundament ruhen und den Überbau tragen, der Reihe nach vorgestellt. (1) Das ausführende Machtzentrum: Die Betrachtungen zur Vita Angela Merkels und ihren identitären Wurzeln zeigen, warum in der Zeit ihrer Kanzlerschaft nationale Themen in Vergessenheit geraten sind und was daraus für die Gestaltung der Innenpolitik folgte. (2) Die linke Hand des Machtzentrums: Die Bedingungen des Parteienstaats ermöglichen es der Bundesregierung, das BfV zur Durchsetzung auch ideologischer Ziele einzusetzen. Um die Behauptung einer solchen Instrumentalisierung einer Behörde weiter abzusichern, wird zusätzlich auf den Umgang der Landesämter für Verfassungsschutz mit der Linkspartei eingegangen. Dabei zeigt sich, dass die jeweilige Regierung den Druck auf Andersdenkende in einer bestimmten Aktionszone beliebig gestalten kann. (3) Das ideologische Druckmittel: Die politische Brandmauer gegen »rechts«, vom BfV mit Kräften gestützt, dient den Herrschenden dazu, den Meinungskorridor beim Thema nationale Identität eng zu halten. Im Gegensatz zum Fußball gibt es nicht ein Regelwerk für alle, dafür aber das Spiel auf ein einziges Tor. (4) Das kognitive Transportmittel: Hat ein politisches Lager die Diskurshegemonie erobert, kann es Frames und Narrative festlegen, die das Denken des Elektors beeinflussen. So werden jene Inhalte transportiert, die der ideologischen Grundhaltung der Herrschenden entsprechen. (5) Die Neutralisierung potenzieller Gegner: Die Bundesregierung erfährt deshalb so wenig organisierten Widerspruch aus der Bevölkerung, weil umfassende Mechanismen der politischen Demobilisierung greifen. Die hier thesenhaft vorgetragenen Bewertungen von Basis und Stützpfählern werden in jedem Abschnitt ausführlich hergeleitet.

Die Studie endet mit dem Fazit in Kapitel VI. Es fasst die Ergebnisse kurz zusammen und zeigt aus politikwissenschaftlicher Sicht auf, warum es jederzeit verfassungskonform ist, gegen »das« – zu definierende! – System zu sein. Abschließend werden die Schwachstellen des Projekts der Zwangsnation vor dem Hintergrund eines Szenarios erörtert, das von einem Auf-

brechen sozialer und multikultureller Bruchlinien in einer ökonomischen Krisensituation ausgeht. Die Überlegungen lassen den Schluss zu, dass die Gesellschaftspolitik der Bundesregierung den sozialen Frieden in der Bundesrepublik strukturell und damit dauerhaft gefährdet. Das politische Experiment der Zwangsnation wird schließlich auch deshalb scheitern, da weder Autochthone noch Migranten mit dem, was dann identitär Deutschland ausmachen soll, etwas anfangen können.

In der Abhandlung kommt die neue Rechtschreibung zur Anwendung. Zitate werden hingegen nicht nur in der gesetzten Schreibweise, sondern auch im Stil der Zeit des 18. oder 19. Jahrhunderts beibehalten. Die in einzelnen alten Schriften übliche Breitsetzung von Worten, um diese hervorzuheben, ist nicht berücksichtigt worden. Die Publikation erfolgte wenige Monate vor der Bundestagswahl 2021. Da Bundeskanzlerin Angela Merkel zu diesem Zeitpunkt noch im Amt war, sind Darstellungen zu ihrem Regierungshandeln nicht aus einer historisierten Perspektive vorgenommen worden.

Somit liegt nun das erste Buch von Teil 2 der Deutschland-Trilogie vor. Mein Dank gilt einer ganzen Reihe von Personen, die das Projekt begleitet und inhaltlich besser gemacht haben. Dr. Klaus Jochen Arnold hat das Manuskript kritisch durchgesehen und zahlreiche konstruktive Verbesserungsvorschläge beigesteuert. Weitere Fachkollegen haben sich des Geschriebenen angenommen und inhaltliche Anregungen wie formale Korrekturen vermerkt. Ihre Bitte, an dieser Stelle nicht namentlich erwähnt zu werden, wird natürlich respektiert. Äußerst hilfreich war zudem die Mitwirkung meiner sprachgewaltigen Schwester Andrea an der Durchsicht des Textes. Herzlich danken möchte ich dem Lau-Verlag für die vorzügliche Zusammenarbeit. Für alle Inhalte und für vermutlich leider nicht identifizierte Fehler trage ausschließlich ich die Verantwortung. Der größte Dank geht wie immer an meine Frau Katharina, die ihren Mann stärker beeinflusst, als sie es vermutlich weiß.

Widmen möchte ich dieses Buch den mutigen Männern und Frauen, die im Herbst 1989 eine deutsche Diktatur zu Fall brachten und damit den Grundstein für die Wiedervereinigung des Landes legten. Dankbar müssen wir vor allem der Bürgerrechtsbewegung sein, die hartnäckig am Sturz der SED gearbeitet hat. Dank gebührt aber sicherlich auch jenen Menschen der Staatssicherheit, der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee, die in der Endphase des Regimes nicht bereit waren, die DDR mit Gewalt nach innen zu verteidigen.

Es ist heute in vielen Medien üblich, das Bild des »tumben Osis« zu entwerfen, der einfach nicht verstehen will, warum der multikulturelle Zu-

kunftsentwurf der Bundesregierung alternativlos ist. Dahinter steckt die Enttäuschung primär westlicher politischer Eliten über die seit 1990 hinzugekommenen Landsleute, von denen sich viele partout nicht in die eingübte bundesrepublikanische Denkkultur integrieren lassen. Die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs, des Ostens Berlins, Sachsen-Anhalts, Sachsens und Thüringens haben mit politischen Vorgaben und Überlegungen zu einer historischen Endstufe breite Erfahrungen sammeln müssen. Auch deshalb stehen viele von ihnen einer solchen Politik skeptisch gegenüber. Wer sich mit dem Osten näher befasst, wird schnell merken, dass ein großer Teil des gesunden Menschenverstands unseres Landes dort konserviert wurde.